

Pyöngyang zündelt – Fängt Japans Nationalismus Feuer?

Nordkorea und Japan, vereint in Isolation gegeneinander

Markus Tidten

In den frühen Morgenstunden des 5. Juli 2006 zündete Nordkorea ohne Vorankündigung mehrere Raketen und brachte sich damit der Weltöffentlichkeit wieder in Erinnerung. Die internationale Staatengemeinschaft reagierte prompt und in der Tendenz einheitlich: Am 15. Juli nahm der VN-Sicherheitsrat einstimmig eine Resolution an, die Nordkoreas Raketentests verurteilt. Die Zustimmung Chinas wurde möglich, weil Japan auf einen Verweis auf Kapitel VII der VN Charta verzichtete, der letztlich den Einsatz militärischer Gewalt ermöglicht und zu einem Veto Chinas geführt hätte. In Japan selbst werden inzwischen die militärischen Möglichkeiten des Landes zur Verteidigung gegen nordkoreanische Raketenangriffe öffentlich debattiert. Das Verteidigungsamt brachte den Begriff »Präventivschlag« in die Diskussion, ein Tabubruch für Japans traditionell pazifistisches Selbstverständnis. Offizielle Stellen bemühen sich seither um Schadensbegrenzung. Doch die allgemeine öffentliche Debatte über Sicherheitspolitik, Perspektiven und Grenzen der Allianz mit den USA und die eigenen Streitkräfte ist nicht mehr zu ersticken.

Hintergrund der Entscheidung Pyöngyangs, sich gerade jetzt mit mindestens 7 Raketenstarts wieder auf die internationale Agenda zu setzen, ist offensichtlich eine komplexe Mischung aus regime-internen Faktoren und außenpolitischem Kalkül. Während Pyöngyangs Diplomaten eher zu einem Kompromiss im jahrelangen Streit um Energie- und Lebensmittelhilfen neigen, pocht der Militärapparat auf dem erklärten Status des Landes als Atommacht, sucht Möglichkeiten, diesen vor allem den USA gegenüber zu demonstrieren, und duldet

keinerlei ausländische Einmischung oder gar Einschränkung seiner Rüstungsaktivitäten. Da der »geliebte Führer« Kim Jong-il zur Aufrechterhaltung seines Regimes auf die Unterstützung seiner Militärs angewiesen ist, wird nach bisheriger Erfahrung im Zweifel immer deren harte Linie in der Außenpolitik die Oberhand behalten. Schon das Verhalten Pyöngyangs in den KEDO-Verhandlungen (Korean Energy Development Organization) wie auch im Rahmen der Sechsländergespräche hat dies immer unmissverständlich gezeigt.

Tokyos Agenda reizt Pyöngyang

In Japan war und bleibt Nordkorea ein Dauerthema. Tokyos Teilnahme an den Sechsländergesprächen war seit Beginn dieses Krisenmanagements 2003 selbstverständlich und wurde von allen Beteiligten befürwortet. Immerhin war Japan mit etwa 5 Millionen US-Dollar Mitfinanzier des Energiekonsortiums KEDO (aktiv von Oktober 1995 bis März 2005), von dem die Welt eine Lösung der energie- und sicherheitspolitischen Probleme Nordkoreas erhoffte, und schiffte rund 300 000 Tonnen Reis als Lebensmittelhilfe zu Sonderkonditionen nach Nordkorea. Nicht unbedingt zur Freude der anderen fünf Teilnehmer dieser Gespräche drückte Tokyo schon bald seine eigenen Punkte in die Agenda der Beratungen. Im September 2002 konfrontierte Japans Ministerpräsident Koizumi bei seinem Besuch in Pyöngyang Nordkoreas Führer Kim Jong-il mit dem Thema der in den siebziger Jahren von nordkoreanischen Agenten in Japan entführten japanischen Staatsbürger. Die nordkoreanische Führung gestand zu jener Zeit erstmals offiziell, diese Entführungen organisiert zu haben, woraufhin sich die ohnehin latente Anti-Nordkorea Stimmung in Japans Öffentlichkeit verstärkte.

Im August 2003 informierte die damalige japanische Außenministerin Yoriko Kawaguchi ihren südkoreanischen Amtskollegen über Tokyos Absicht, in der Sechserrunde gegenüber Nordkorea auch die Frage nach dem Verbleib der entführten japanischen Staatsbürger – Tokyo spricht von mindestens 14 Fällen – zu stellen. Die Hoffnung Kawaguchis, dass sich wegen der südkoreanischen Entführungsfälle, die zahlenmäßig sogar noch weitaus umfangreicher sind (man spricht von Hunderten von Fällen), eine japanisch-südkoreanische Kooperation zur Klärung der betroffenen Schicksale ergeben könnte, hat sich allerdings nicht realisiert. Seoul scheut jegliche Aktivität, die den gefährlichen Nachbarn im Norden provozieren könnte.

Japans Konservative sehen sich bestätigt

Lange Zeit standen japanische Befürworter einer erweiterten Rolle der »Selbstverteidigungsarmee«, wie Japans Militär sich immer noch nennt, in der japanisch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft vor dem Problem, politische Mehrheiten und Zustimmung bei der bis dato mehrheitlich pazifistisch und antimilitaristisch denkenden Bevölkerung zu finden. So war es wohl lediglich der großen Popularität von Ministerpräsident Koizumi zu verdanken, dass sowohl die ersten »out-of-area«-Einsätze japanischer Streitkräfte im Irak als auch die Teilnahme der japanischen Marine an der Operation »Enduring Freedom« im Indischen Ozean mit vergleichsweise wenig Widerstand aus der Bevölkerung durchgeführt werden konnten. Auch die japanisch-amerikanischen Überlegungen bezüglich einer Reorganisation des US-Militärs in Japan und einer größeren Integration des japanischen Militärs in diese Strukturen stießen auf keine allzu spektakulären Proteste in der Öffentlichkeit Japans.

Als Nordkorea am 31. August 1998 erstmals eine Langstreckenrakete in östlicher Richtung über Japan hinweg in den Pazifik hinein abschoss, erregte dies in Japan im Wesentlichen nur die Aufmerksamkeit der sicherheitspolitischen Experten. Die Spannungen im Verhältnis zu Nordkorea begleiteten die Neustrukturierung der militärischen Allianz mit den USA katalysatorisch und stimulierten in Fachkreisen Überlegungen, die auf ein ausgewogeneres Verhältnis der Partner zielten.

Die aktuelle Testserie vom 5. Juli 2006 dagegen hat, obwohl sie technisch vermutlich eher von geringerer Qualität als die von 1998 gewesen ist, wesentlich gravierendere Auswirkungen auf Japan als Ganzes und damit auch auf die Zukunft der Region. Denn nun hat mit Nordkorea ein Land Raketen getestet, das mittlerweile keinem internationalen Kontrollregime mehr angehört und das bereits 1993 mit dem Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag gedroht und ihn am 10. Januar 2003 auch

tatsächlich vollzogen hat. Am 10. Februar 2005 hatte Nordkorea gar behauptet, selbst Atommacht zu sein und über Nuklearwaffen zu verfügen. War die Haltung Pyöng-yangs schon in den Entführungsfällen aus Sicht Japans zu passiv und zum Teil auch obstruktiv, wird die durch die jüngsten Raketentests zum Ausdruck gebrachte Missachtung Tokyos und der internationalen Gemeinschaft in Japan jene rechtsnational denkenden Gruppierungen stärken, die bisher noch, sowohl zahlenmäßig als auch vom politischen Gewicht her, unter Japanekennern als vernachlässigbare Größe galten.

Japans Pazifisten geraten in die Defensive

Auf einer Pressekonferenz am 9. Juli machte der Direktor des Verteidigungsamts, Fukushima Nukaga, klar, dass »Nordkoreas Verhalten Japan zwing[e] zu überlegen, wie das Land und seine Bevölkerung am besten geschützt werden könnten, wenn erkannt wird, dass in Nordkorea Raketen zum Start vorbereitet werden, die offensichtlich auf Japan zielen«. Wenig später, am 11. Juli, äußerte sich auch Regierungssprecher Shinzo Abe zu dieser Frage indem er den Überlegungen des Verteidigungsamtschefs im Wesentlichen zustimmte.

War die Diskussion um Japans Verteidigungsfähigkeiten bisher eher ein Experten-thema in geschlossenen Fachzirkeln, so ist sie mit diesen auf einer Pressekonferenz verbreiteten Statements in die Öffentlichkeit getragen worden. Außer dem Verteidigungschef haben sich mit dem Regierungssprecher, mit Außenminister Taro Aso und mit LDP-Generalsekretär Tsutomu Takebe bereits mehrere hohe Vertreter der Regierung in der Weise geäußert, dass »für einen souveränen Staat im Bedrohungsfall Überlegungen zur Etablierung von Erstschlagskapazitäten« legitim seien. Die Presse, die in der Regel für eine strikt reagierende Verteidigungsstrategie im Rahmen der pazifistischen Verfassung eintritt, hat das Thema aufgegriffen und treibt die Debatte voran.

Zurzeit streitet man sich mit den Medien und untereinander um die Auslegung der jeweiligen Äußerungen. Immerhin gibt es in der regierenden LDP auch scharfe Kritik an der »Präventivschlagsdebatte«. Der Regierungssprecher ist mittlerweile zurückgerudert und hat klargestellt, dass er den Terminus »Präventivschlag« nicht verwendet hat (was zutrifft, denn die entsprechende japanische Vokabel »Senseikougeki« findet sich nicht im Wortlaut der fraglichen Pressekonferenz).

Inzwischen hat sich die Debatte in gewisser Weise verselbständigt. In öffentlichen Diskussionsrunden ausgesprochene Überlegungen, wie dem eigenen Militär mehr und effektivere Gegenmaßnahmen »zu einem möglichst frühen Zeitpunkt« ermöglicht werden könnten, sind mittlerweile genauso selbstverständlich geworden wie die Forderung, das zusammen mit den USA entwickelte Raketenabwehrsystem so schnell es geht und vollständig zu etablieren. Noch ist das Bild, das die Öffentlichkeit in Fernsehtalkshows und bei Umfragen bietet, diffus. Eine überwiegende Mehrheit der Bürger wie auch die größte Oppositionspartei unterstützt zwar die von der Regierung beschlossenen harten Maßnahmen gegen Nordkorea, eine ausreichende Unterstützung für ein militärisches Vorgehen, zumal, wenn es im Gegensatz zu Artikel 9 der Verfassung stehen würde, ist in der öffentlichen Meinung jedoch (noch) nicht absehbar.

Tokyos Nordkoreapolitik – zu hart für Seoul

Die unmittelbare Reaktion Seouls auf die nordkoreanischen Raketentests vom 5. Juli war in Tokyo mit großer Erleichterung aufgenommen worden. Denn zunächst hatte auch Südkorea Pyöngyang scharf kritisiert. Tokyo und Seoul schienen sich einig, dass Pyöngyang dieses Mal den Bogen überspannt hatte. In Anbetracht der bilateralen Spannungen, die sich auf territoriale und geschichtsinterpretatorische Differenzen gründen, mutete die anfängliche Einhellig-

keit Seouls und Tokyos in der Verurteilung Pyöngyangs wie eine Rückkehr zur Realpolitik an. Beide Länder, Japan und Südkorea, liegen im Bedrohungsradius nordkoreanischer Massenvernichtungswaffen, beide sind für ihren Schutz auf ein Bündnis mit den USA angewiesen, beide dürfen in Ostasien als stabile und wirtschaftlich starke Demokratien gelten und sind zudem die wichtigsten Finanzquellen für die in Nordkorea dringend benötigte Hilfe im Energie- und Lebensmittelbereich.

Doch Tokyos anhaltend harte Reaktion auf Pyöngyangs Raketen ging dem langfristig auf Dialog und Deeskalation setzenden Seoul bald zu weit. So verfügte Japan noch am Tag des Abschusses ein Verbot für nordkoreanische Schiffe, japanische Häfen anzulaufen. Offiziellen Personen aus Nordkorea wurde mit sofortiger Wirkung die Einreise verboten, und Geldtransfers von Banken in Japan nach Nordkorea wurden gestoppt.

Auch die Schärfe des anfänglich von Tokyo und Washington gemeinsam in den Sicherheitsrat eingebrachten Resolutionsentwurfs und vor allem die durch Verweis auf Kapitel VII der VN-Charta drohenden Sanktionen gegenüber Nordkorea waren für Seoul nicht akzeptabel.

Somit hat sich auch dieser Versuch Japans, anlässlich der Reaktion auf Nordkoreas Raketentests ein Kooperationspotential mit Seoul zu definieren, wie schon in der Frage der Entführungen als erfolglos erwiesen. Zwar hat auch Südkorea Maßnahmen ergriffen, die für das Regime in Pyöngyang schmerzhaft sind – so wurden die Lieferungen von Lebensmitteln und Düngemitteln bis auf weiteres eingestellt –, mit Nordkoreas notorischem Gegner Japan allerdings gemeinsame Sache gegen Pyöngyang zu machen, kann und will sich Seoul nicht leisten. Das Risiko, die sehr langsame Annäherung an den Norden endgültig zu nichte zu machen, ist der Regierung im Süden zu groß.

Tokyos Wunsch nach »Normalität« und Stärke

Japan steht vor einem Dilemma. So wie das Verhalten Nordkoreas den konservativen Kreisen in Politik und Gesellschaft Argumente für ein starkes und gegebenenfalls zu Erstschlägen fähiges Militär liefert, ist just diese Reaktion Tokyos Wasser auf die Mühlen japankritischer Kräfte bei den wichtigen Nachbarn China und Südkorea. In diesen Kreisen glaubte man schon immer vor einer »Remilitarisierung« Japans warnen zu müssen.

Ichiro Ozawa, einst LDP-Generalsekretär und heute Chef der größten Oppositionspartei, hatte nach Ende des Kalten Krieges die Parole von Japan als »normalem Staat« ausgegeben. Die »Normalitätsdebatte« hat – bis vor kurzem von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen – schon längst das Militär und seine Pläne erreicht. Die Raketentests Nordkoreas haben nun bewirkt, dass auch die Öffentlichkeit an dieser Debatte teilnimmt. Noch scheint das durch eine lange Tradition gefestigte pazifistische »Immunsystem« der japanischen Gesellschaft aktiv zu sein. Die Fronten beginnen sich aber zu klären. Der als aussichtsreichster Nachfolgekandidat für das Ministerpräsidentenamt gehandelte Regierungssprecher Shinzo Abe glaubt offenbar, dass die öffentlich geführte Debatte über militärische Erstschlagskapazitäten seine politischen Chancen erhöht. Der neue Regierungschef wird eine umfangreiche Agenda mit komplexen innen- und außenpolitischen Herausforderungen vorfinden. Gelingt es nicht, Debatten über militärische Notwendigkeiten von plumpem Militarismus zu trennen, droht Tokyo eine Fortsetzung der diplomatischen Dissonanzen mit seinen Nachbarn. Gelingt es nicht, im Konsens mit Südkorea die Spannungen mit Nordkorea zu überwinden, wird die Kritik aus den Nachbarstaaten Japans ebenfalls nicht so schnell verstummen. Somit haben Pyöngyangs Raketen einmal mehr verdeutlicht, was seit Jahrzehnten gilt: Tokyos Koreapolitik ist der Lackmустest für seine politische Akzeptanz in Asien.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364